

Protokoll:

Die CDU-Fraktion trägt den in Session einsehbaren Änderungsantrag vor und begründet ihn.

Die CDU-Fraktion führt, in Anbetracht der Präsenz der Bundeswehr in Koblenz, aus, dass im Falle einer eingeschränkten Nutzung des Truppenübungsplatzes gravierende Auswirkungen für den Standort Koblenz der Bundeswehr und die Stadt Koblenz mit sich ziehen würde. Daher beantragen sie, dass man die Formulierung auf Seite 2, Abschnitt 4 der Stellungnahme dahingehend ändert, dass die dortigen militärischen Aktivitäten zukünftig nicht eingeschränkt werden.

Ortsvorsteher Kraemer (Arzheim) spricht seine Bedenken hinsichtlich der Wasserqualität im Wasserschutzgebiet aus.

Der stellvertretende Ortsvorsteher Michels (Arenberg-Immendorf) regt an, im Verbotskatalog in der Wasserschutzzone III einige Verbotstatbestände zu streichen

Die SPD-Fraktion bittet die Angelegenheit vorerst ohne Beschluss zu belassen, da es vorteilhafter wäre, wenn man einen Vertreter der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord einladen würde damit man ein verantwortliches Meinungsbild schaffen könne um im Sinne der Umwelt und der Bürger/innen abstimmen zu können.

Die FW-Fraktion betont, dass man mit der Stellungnahme die betroffenen Anwohner schützen möchte. Man habe keine Absicht die Wasserqualität im Wasserschutzgebiet zu verschlechtern.

Herr Schleiffer (Rechtsamt) schlägt vor, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord mitzuteilen, dass die bereits versendete Stellungnahme vom Stadtrat beschlossen wurde, jedoch Änderungen enthalten seien und die Wahrscheinlichkeit bestehe, dass man weitere Ergänzungen zusenden werde.

Oberbürgermeister Langner teilt mit, dass man die genannten Änderungsvorschläge bis zum Ende der öffentlichen Sitzung in die überarbeitete Stellungnahme aufnimmt und man im Anschluss darüber abstimmen werde.